

test.rtde.tech /meinung/276468-frieden-heisst-kein-moskau-ukrainischer-seine-ausloeschungswuensche-stra%C3%9Fen-b...

"Frieden heißt: kein Moskau" – Ukrainischer Verein trägt Auslöschungswünsche auf Berlins Straßen

8 Apr. 2026 22:04 Uhr

Ein ukrainisches Aktivistennetzwerk versucht, Berliner und die Gäste der Hauptstadt zu Russlandgegnern umzustimmen. Seit Jahren geht die von einem Frauen-Duo geleitete Gruppe mit Anti-Russland-Plakaten auf die Straße. Ein genauerer Blick auf ihre "Performance" lohnt sich.



© Iryna Zghodko (Vitsche)

Vitsche-Protest gegen den Ostermarsch am 4. April 2026 in Berlin

Von Platon Gontscharow

"Ein stabiler Frieden braucht Russland als gleichberechtigten Partner. [...] Um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, müssen die westlichen Staaten ihre feindselige Politik gegenüber unserem Land grundlegend überdenken und dabei die fundamentalen Sicherheitsinteressen Russlands sowie sein Recht auf eine kontinuierliche Entwicklung berücksichtigen. [...] Der Frieden auf dem Kontinent wird umso stabiler sein, je mehr Russland als gleichberechtigter Partner in die europäische Sicherheitsarchitektur eingebunden ist. Keinesfalls aber wird so eine Sicherheitsarchitektur tragfähig sein, wenn sie gegen Russland aufgebaut wird."

Diese Sätze stammen aus dem jüngsten [Interview](#) des Portals *NachDenkSeiten* mit dem russischen Botschafter Sergei Jurjewitsch Netschajew. Landesvertreter wie er betonen immer wieder denselben Gedanken: Frieden gibt es nur mit Russland, nicht gegen Russland.

Ähnlich sehen das Rezept für den europäischen Frieden auch viele Deutsche außerhalb des russophoben Partei- und Medienkartells. Nur ist die Situation sehr verfahren. Die Walze der NATO-Erweiterung kennt seit mehr als 30 Jahren keinen Halt mehr und steuert zunehmend auf einen

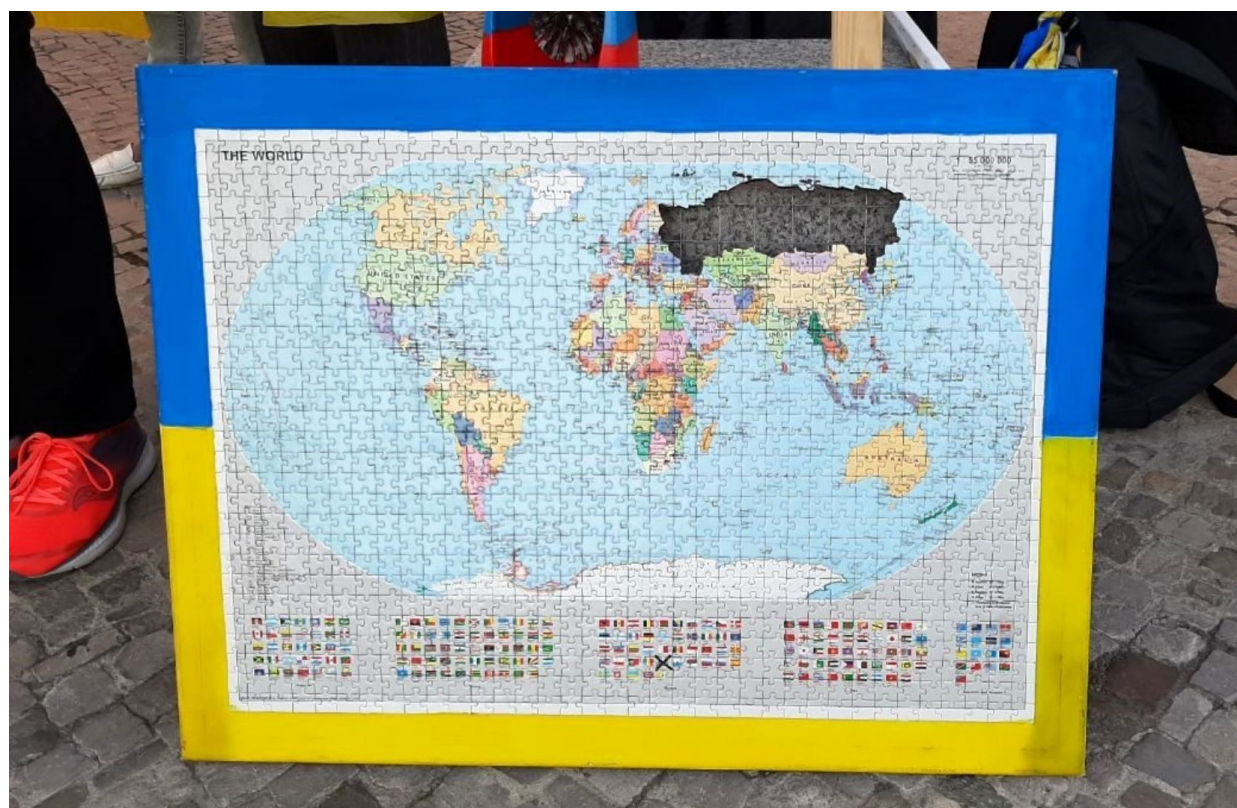
Zusammenstoß mit Russland zu. Es scheint mitunter, dass es aus der Spirale der gegenseitigen Drohungen keinen Ausgang mehr gibt. Oder doch?

Was wäre also, wenn es einfach gar kein Russland mehr gäbe? Anstelle Moskaus nur noch Ruinen? Dann muss man mit niemandem mehr etwas abstimmen, verhandeln und das eigene Tun hinterfragen! Einfach hinfahren und die Reste dessen, was von Russland übrig geblieben ist, in Besitz nehmen. So sähe die (End)Lösung der "russischen Frage" aus!

Die Idee kommt unangenehm bekannt vor. Ohne den nervenden Schuld kult bemühen zu wollen, aber mal ehrlich: Es ist doch unbestritten, dass gewisse unrühmliche Söhne dieses Landes noch vor drei Generationen das, was ihnen in Leningrad zum Teil gelang (eine Million Verhungerte), auch mit Moskau planten – nämlich die Auslöschung der ganzen Stadt durch Aushungern und die anschließende Zerstörung der leer gewordenen Bauten.

Aber wer denkt schon so etwas in unserer heutigen Vorzeige-Demokratie? Im Land, in dem das Wort "Remigration" schon als Nazi-Sprech gilt? Oder die Parole "From the River to the Sea" **strafbar** ist? Wie jeder weiß, hat Deutschland aus der Geschichte gelernt...

Doch die "besondere deutsche Verantwortung" gilt nur Israel und der Ukraine (zufälligerweise zwei Apartheid-Staaten, nebenbei bemerkt). Es darf folglich auf deutschem Boden schon wieder von der Vernichtung Russlands geträumt werden. Spätestens seit Baerbocks "Russland ruinieren" ist es nur noch notdürftig verdeckte Staatsdoktrin. Wie wäre es sonst möglich, dass die ausgewiesenen Freunde und Partner des Regierenden Berliner Bürgermeisters Kai Wegner (CDU) ungehindert ihre Vernichtungsfantasien zur Schau stellen dürfen?



Seine Freunde – das sind die Mitglieder des Vereins der Deutsch-Ukrainer "Vitsche". Seit fünf Jahren betreibt er im großen Stil Straßenaktivismus in der Hauptstadt. Wegner und sonstige Politprominenz aus CDU/SPD/Grünen sind auf den Veranstaltungen des Vereins **regelmäßige Gäste**. Da herrscht zwischen ihm und Vitsche in Wording und Benennung politischer Ziele beneidenswerter Einklang, das

gemeinsame Brüllen des Schlachtrufs "Slawa Ukraini" inklusive. Vitsches Agieren genießt in dem ihm zugewiesenen politischen Vorfeld die hundertprozentige Zustimmung des Berliner Senats – davon kann man fest ausgehen.

Also können die "Aktivisten" in Berlin ihre [banderistischen Träume](#) frei ausleben. Außer der üblichen Diffamierung Russlands als "Terrorstaat" auf Plakaten und Nazivergleichen ("Wanna repeat München 1938?"), Gruselpropaganda und Einschüchterung ("Heute wir, morgen ihr", "Butscha-Mariupol-Berlin", "Russian peace = death") sind Vernichtungs- und Mordfantasien fester Bestandteil des Vitsche-Erscheinungsbilds auf Berliner Straßen.



Seine Aktivitäten dokumentiert der Verein selbst und zwar vorzugsweise offen (anscheinend ist er stolz auf so viel Einfallsreichtum seiner Mitglieder). Die letzte [Publikation auf Facebook](#) galt seinem Protest gegen den Ostermarsch. Unter einer Masse sonstiger Hassplakate verdienen folgende Schriftzüge Beachtung (Hinweis beim Zitieren: Laut der offiziellen ukrainischen Rechtschreibung werden "Russland" und "Moskau" kleingeschrieben):

"Frieden heißt nicht kein Krieg, sondern kein moskau"

"Peace will come, wenn russia is destroy"

"NO rUSSIA NO WAR"



Die Vitsche-Aktivisten verhöhnten auch die Ostermarsch-Demonstranten mit speziellen Taubenmasken mit zugeklebten Ohren. Diese Provokation kam nicht gut an, was der Verein selbst zu Protokoll gibt:

"Als wir Slogans wie 'Waffen für die Ukraine' und 'russland ist ein Terrorstaat' riefen, reagierten einzelne Teilnehmende des Marsches mit Rufen und obszönen Gesten."

Aber was zählt heutzutage die Meinung eines "Friedensschwurbler"? Die Ukrainer von Vitsche können und dürfen die Einheimischen über die "einzig richtige Gesinnung" auch weiterhin ungehindert belehren und unter anderem den Zugang zur Staatsoper (beim Netrebko-Auftritt) oder zum Russischen Haus mit Störaktionen erschweren, denn der Verein hat nun mal nicht nur den Berliner Senat im Rücken, sondern die ganze Bundespolitik. Dass dabei Volksverhetzung und rassistische Vernichtungsfantasien herauskommen, fällt niemandem mehr ins Auge. Wenn sich Propaganda gegen Russen und Russland richtet, schweigt das Gesetz.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln